

R-01 Tagesordnung

Antragsteller/innen: Bundesvorstand

Gegenstand: Resolution: Nahostkonflikt

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 19.01.2009

Gewalt dauerhaft beenden. Einen umfassenden Waffenstillstand durchsetzen

1 **Gewalt im Gazastreifen erfordert dauerhaftes internationales Engagement**

2 Die gewaltsame Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt hat den Nahen Osten
3 wieder in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Weltweit haben die Bilder aus Israel und
4 dem Gazastreifen für Erschütterung gesorgt. Wir begrüßen, dass mit der am Sonntag
5 verkündeten Waffenpause die Gewaltspirale vorerst durchbrochen ist.

6 Ziel muss es jetzt sein, zwischen den Konfliktparteien einen dauerhaften Waffenstillstand
7 auszuhandeln. Wir begrüßen die Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom 8. Januar 2009.
8 Wir fordern Israel und die Hamas auf, die Waffenpause einzuhalten und den ägyptischen
9 Vermittlungsbemühungen zum Erfolg zu verhelfen. Eine Waffenstillstandsvereinbarung sollte
10 folgendes enthalten:

- 11 Einstellung des Raketenbeschusses auf Israel durch Hamas und andere
- 12 Organisationen
- 13 Beendigung der militärischen Offensive durch Israel und Rückzug aus dem
- 14 Gazastreifen
- 15 Sicherstellung der humanitären Versorgung der palästinensischen Bevölkerung
- 16 Beendigung des Waffenschmuggels durch die Tunnel an der palästinensisch-
- 17 ägyptischen Grenze
- 18 Öffnung der Grenzübergänge und Beendigung der Blockade des Gazastreifens

19 Die Umsetzung eines jeden Waffenstillstands erfordert die geschlossene und koordinierte
20 Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Wir fordern deshalb, dass sich die
21 internationale Gemeinschaft unter konkreter Einbeziehung arabischer und muslimischer
22 Staaten für eine solche Regelung umfassend einsetzt. Dazu gehört auch, die Konfliktparteien
23 davon zu überzeugen, dass eine internationale Garantie und Überwachung des
24 Waffenstillstandes notwendig ist. Dies kann auch die Stationierung von zivilen und
25 militärischen Kräften im Rahmen der Vereinten Nationen zur Überwachung und Einhaltung
26 der Vereinbarungen beinhalten. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für ein Ende der
27 Vielstimmigkeit in der EU-Nahostpolitik und für eine koordinierte Initiative der Europäischen
28 Union einzusetzen.

29 In den letzten sieben Jahren wurden über 10.000 Raketen aus dem Gazastreifen vor allem
30 auf Städte wie Sderot und Kibbuzim im Süden Israels abgeschossen. Mit der Militäroperation
31 hat Israel "Gegossenes Blei" eine der bisher blutigsten israelischen Militäraktionen in den
32 palästinensischen Gebieten durchgeführt. Die humanitäre Situation im Gazastreifen ist
33 katastrophal. Wie immer haben unter der militärischen Eskalation vor allem die zivile
34 Bevölkerung, Frauen und Kinder zu leiden.

R-01 Gewalt dauerhaft beenden. Einen umfassenden Waffenstillstand durchsetzen

35 Der Raketenbeschuss auf den Süden Israels hat für die israelische Bevölkerung dort eine
36 unerträgliche Situation der Bedrohung und des Terrors geschaffen. Als Folge dieser
37 Raketenangriffe aus dem Gazastreifen heraus sind nach Angaben des Sderot Media
38 Center 32 Israelis getötet worden, weitere 600 wurden verletzt, Tausende erlitten
39 psychische Schäden. Mit Hilfe u.a. von iranischer Seite ist Hamas in den Besitz von
40 Raketen mit immer größerer Reichweite gekommen, wie der kürzliche Beschuss zeigt.
41 Diese Unterstützung durch den Iran und andere Länder verurteilen wir. Inzwischen leben
42 etwa 1 Mio Menschen im Einzugsbereich der Hamas-Raketen, die auch Großstädte (wie
43 Beersheva) und die für Israel lebenswichtige Hafenstadt Ashdod erreichen können
44 Israelische Sicherheitskräfte warnten davor, dass im nächsten Schritt auch Tel Aviv zum
45 Ziel von Angriffen aus dem Gazastreifen werden könnten. Israel hat wie jeder souveräne
46 Staat das Recht und die Pflicht, seine Bürgerinnen und Bürger vor solchen Angriffen zu
47 schützen. Der Raketenbeschuss durch die Hamas muss dauerhaft eingestellt werden.
48 Allerdings war das Vorgehen Israels angesichts der hohen Zahl ziviler Opfer und der
49 Zerstörung der zivilen Infrastruktur in hohem Maße unverhältnismäßig. Die Vorwürfe
50 schwerer Verletzungen des humanitären Völkerrechts wie Angriffe auf Hilfstransporte und
51 Ambulanzen, Behinderung des Zugangs zu und Evakuierung von Verwundeten, gezielter
52 Beschuss von Zivilisten und der völkerrechtswidrige Gebrauch von geächteten Waffen und
53 Munition besorgen uns zutiefst. Die Bombardierung von UNO-Gebäuden oder Häusern, in
54 denen Zivilisten Schutz suchen, sind unakzeptabel. Diese Vorfälle müssen umfassend
55 aufgeklärt werden.

56 Nach jahrzehntelanger Besetzung, die im Widerspruch zu zahlreichen UN-Resolutionen
57 stand, hat Israel im Jahr 2005 die jüdischen Siedlungen im Gazastreifen geräumt und
58 seine Truppen zurückgezogen. Dass dies als einseitiger Akt erfolgte, ohne
59 Vereinbarungen zur Übergabe der Macht an die palästinensische Autorität, zur
60 Gewährleistung der gegenseitigen Sicherheit und der ökonomischen Lebensfähigkeit des
61 Gazastreifens, erwies sich als politischer Fehler mit fatalen Konsequenzen. Nach dem
62 Abzug der Israelis ist es aber nicht gelungen, eine friedliche Entwicklung sicherzustellen.
63 Die Hamas und Israel haben sich gegenseitig nicht anerkannt und die Hamas war nicht
64 bereit, die Gewalt gegen Israel zu beenden. Israel behielt die Kontrolle über Luftraum,
65 Küstengewässer und Grenzübergänge und die damit einhergehenden Pflichten. Die
66 Blockade des Gazastreifens in den letzten Jahren hat den Waffenschmuggel nicht
67 beendet. Seit Juni 2007, als Hamas die Macht in Gaza übernahm, hat die Bevölkerung
68 einen massiven Verfall ihrer Existenzgrundlagen und eine erheblichen Verschlechterung
69 der Infrastruktur sowie der öffentlichen Leistungen erlebt. Hierfür trägt auch die Hamas
70 Verantwortung, die ihre Möglichkeit nicht nutzte, die wirtschaftliche und gesellschaftliche
71 Situation im Gazastreifen zu verbessern, aber auch die internationale Gemeinschaft, die
72 ihre direkten Finanzhilfen einstellte, als die Hamas die palästinensischen
73 Parlamentswahlen 2006 gewann. Hunderte von Palästinenserinnen und Palästinensern im
74 Gazastreifen fielen den Folgen des Terrors der Hamas sowie der Blockade und den
75 militärischen Aktionen Israels zum Opfer. Internationale Hilfsorganisationen beklagen seit
76 2007 eine sich zunehmend verschärfende humanitäre Katastrophe. Im Dezember 2008
77 erhielten bereits 80 Prozent der Bevölkerung direkte Nahrungsmittelhilfe. 1,5 Millionen
78 Palästinenserinnen und Palästinenser sind faktisch eingesperrt. Die letzten 18 Monate der
79 Isolierung und Absperrung des winzigen Gebiets hatten bereits ein Ausmaß an
80 menschlichem Leid hervorgerufen, das die UNO als eine ‚Krise der menschlichen Würde‘
81 bezeichnete. Es hat allerdings auf Seiten der internationalen Gemeinschaft keinen
82 ernsthaften Versuch gegeben, die Eskalation abzuwenden. Westliche internationale
83 Akteure verweigerten gemeinsam mit der israelischen Regierung jeden Dialog mit der
84 Hamas.

R-01 Gewalt dauerhaft beenden. Einen umfassenden Waffenstillstand durchsetzen

85 Dies rechtfertigt jedoch nicht, dass Hamas und andere palästinensische Organisationen
86 ihre Raketen und Geschosse in völkerrechtswidriger Weise gegen zivile Ziele in Israel
87 richten. In keinsten Weise zu legitimieren ist der Missbrauch von zivilen Einrichtungen und
88 die de facto Geiselnahme der palästinensischen Zivilbevölkerung durch Hamas als
89 menschliche Schutzschilde im bewaffneten Kampf gegen Israel.

90 Die im Juni 2008 zwischen Israel und der Hamas vereinbarte Waffenruhe hatte zwar zu
91 einer spürbaren Verminderung der bewaffneten Auseinandersetzungen geführt, wurde
92 jedoch von beiden Seiten immer wieder verletzt. So unterband Hamas nicht den
93 völkerrechtswidrigen Beschuss mit Qassam-Raketen auf den Süden Israels, die
94 israelische Regierung öffnete nicht wie vereinbart die Grenzübergänge in den
95 Gazastreifen, um die Einfuhr von lebensnotwendigen Gütern zu ermöglichen, und führte
96 erneut militärische Aktionen im Gazastreifen durch. Die erhoffte Verlängerung der
97 Waffenruhe scheiterte im Dezember 2008 trotz ägyptischer Vermittlung, weil Hamas nicht
98 bereit war, den Raketenbeschuss auf Israel einzustellen, und Israel sich nicht bereit
99 erklärte, die Blockade des Gazastreifens zu beenden und den Waffenstillstand auf die
100 Westbank auszudehnen. In den Wochen seit dem Ende der Waffenruhe nahm die
101 Intensität und Reichweite der Raketenangriffe auf Israel weiter zu.

102 Die humanitären Folgen der neuerlichen militärischen Eskalation sind katastrophal. Die
103 Zahl der Opfer steigt mit jedem Tag dramatisch an. Mehr als 20 Prozent der Toten und 40
104 Prozent der Verletzten sollen Frauen und Kinder sein, berichtet das UN-Büro für
105 Humanitäre Koordination (OCHA). Die militärischen Auseinandersetzungen machen das
106 Leben der Menschen in Gazastreifen vollends unerträglich. Aufgrund der fortbestehenden
107 Blockade können sie nicht einmal fliehen. Es hilft ihnen deshalb wenig, wenn die
108 israelische Armee mit Flugblättern und Telefonanrufen die Anwohner vor bevorstehenden
109 Angriffen auf ihr Wohnquartier zu warnen. Mit dem Einmarsch von israelischen
110 Bodentruppen in den Gazastreifen steigen die Opferzahlen und der Raketenbeschuss auf
111 israelische Städte fordert auch dort neue Tote und Verletzte. In diesem asymmetrischen
112 Krieg werden von beiden Seiten fundamentale Grundsätze des humanitären Kriegsrechts
113 missachtet. Das Israel auch zivile Ziele wie Polizeistation zu legitimen Kriegszielen erklärt,
114 ist völkerrechtlich nicht hinnehmbar. Das Vorgehen der Hamas, Teile der Zivilbevölkerung
115 im Gazastreifen als vermeintlichen Schutzschild zu missbrauchen, ist zynisch und
116 menschenverachtend. Aus dem Leid der Zivilbevölkerung wird neuer Hass entstehen.

117 Die militärische Offensive schürt einen Konflikt, der nicht mit militärischen Mitteln gelöst
118 werden kann. Ein Waffenstillstand ist ein wichtiger, aber nur ein erster Schritt auf dem
119 Weg zu einem dauerhaften Frieden. Ein Ende der Gewalt wird es nur dann geben, wenn
120 es gelingt, für beide Völker in der Region die politische Perspektive einer friedlichen
121 Koexistenz zu eröffnen. Eine Zwei-Staaten-Regelung bleibt für uns die einzige Struktur für
122 eine politische Bewältigung des Konfliktes. Ziel muss es sein, diejenigen Kräfte auf beiden
123 Seiten einzuhegen, die die Anerkennung der anderen Seite entweder verweigern oder nur
124 als Lippenbekenntnis äußern. Die aktuellen Auseinandersetzungen zeigen, dass
125 periodisches Krisenmanagement nicht ausreicht, sondern dass es einer nachhaltigen
126 internationalen diplomatischen Initiative bedarf, um in Einklang mit den einschlägigen UN-
127 Resolutionen einen lebensfähigen palästinensischen Staat zu schaffen, der in Frieden mit
128 Israel existiert. Insbesondere nach dem Amtsantritt des neuen US-amerikanischen
129 Präsidenten ist und bleibt dies eine zentrale Herausforderung im Rahmen der
130 transatlantischen Beziehungen zwischen der EU und den USA. Die EU muss die
131 bevorstehende Aufwertung ihrer Beziehungen zu Israel strikt an die Beachtung der
132 Menschenrechte und des Völkerrechts binden.

R-01 Gewalt dauerhaft beenden. Einen umfassenden Waffenstillstand durchsetzen

133 Wir verurteilen jene Kräfte auf beiden Seiten, die bereits in der Vergangenheit des
134 Konflikts immer wieder auf Konfrontation und Gewalt gesetzt haben und sich auch jetzt
135 einer politischen Lösung verschließen. Den friedenswilligen und dialogbereiten Kräften auf
136 beiden Seiten dieses Konfliktes, die auch jetzt noch unter Inkaufnahme persönlicher
137 Gefährdungen ihre Stimme für die politische Vernunft erheben gilt unsere ganze
138 Unterstützung.

139 Selbstverständlich kann das Handeln jeder Regierung kritisiert werden – das gilt auch für
140 Israel. Wir kritisieren jedoch scharf, dass sich in die berechnete Kritik des israelischen
141 Vorgehens zunehmend antisemitische und anti-israelische Untertöne mischen. Wir
142 wenden uns dagegen, dass legitime Kritik zum Anlass genommen wird, das Existenzrecht
143 Israels in Frage zu stellen oder Terror gegen Bürgerinnen und Bürger Israels zu
144 legitimieren und zu verharmlosen. Solche Positionen sind für uns in jeglicher Form
145 inakzeptabel.

146

147 Begründung der Dringlichkeit:

148 Die jüngste Eskalation im Nahost-Konflikt hat sich erst ab Ende Dezember 2008 ereignet.
149 Seitdem ändert sich die Lage relativ schnell. Um sich auf die aktuellen Ereignisse
150 beziehen zu können, konnte die Resolution erst kurz vor der Bundesdelegiertenkonferenz
151 vom Bundesvorstand verabschiedet werden.

152